



Eine Macht, die Regierungen nicht unterdrücken können

HOWARD ZINN (2007)

Wenn Menschen organisiert sind, haben sie enorme Macht, mehr als jede Regierung. Unsere Geschichte ist tief geprägt von den Geschichten von Menschen, die aufstehen, ihre Stimme erheben, sich engagieren, sich organisieren, Kontakte knüpfen, Netzwerke des Widerstands bilden und den Lauf der Geschichte verändern. Es gibt eine grundlegende Schwäche in Regierungen, egal wie groß ihre Armeen sind, wie groß ihr Reichtum auch sein mag, egal wie sie Bilder und Informationen kontrollieren, denn ihre Macht hängt vom Gehorsam der Bürger, der Soldaten, der Beamten, der Journalisten und Schriftsteller sowie der Lehrer und Künstler ab. Wenn die Bürger den Verdacht hegen, getäuscht worden zu sein, und ihre Unterstützung entziehen, verliert die Regierung ihre Legitimität und ihre Macht. Wir haben dies in den letzten Jahrzehnten überall auf der Welt gesehen. Es gibt eine lange Geschichte imperialer Mächte, die sich über Siege freuen, überfordert und übermütig werden und nicht erkennen, dass Macht nicht nur eine Frage von Waffen und Geld ist. Militärische Macht hat ihre Grenzen – Grenzen, die von Menschen, ihrem Gerechtigkeitsinn und ihrer Widerstandsfähigkeit geschaffen werden. Die Vereinigten Staaten konnten mit 10 000 Atomwaffen in Korea oder Vietnam nicht gewinnen, konnten eine Revolution in Kuba oder Nicaragua nicht stoppen. Ebenso war die

Sowjetunion mit ihren Atomwaffen und ihrer riesigen Armee zum Rückzug aus Afghanistan gezwungen und konnte die Solidarność-Bewegung in Polen nicht stoppen. Der Wandel im öffentlichen Bewusstsein beginnt mit einer leichten, zunächst vagen Unzufriedenheit, ohne dass ein Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit und der Politik der Regierung hergestellt werden kann. Schließlich beginnen sich die Punkte zu verbinden, die Empörung nimmt zu und die Menschen beginnen, ihre Meinung zu sagen, sich zu organisieren und zu handeln. Die Herausforderung bleibt bestehen. Auf der anderen Seite stehen gewaltige Kräfte: Geld, politische Macht, die großen Medien. Auf unserer Seite stehen die Menschen der Welt und eine Macht, die größer ist als Geld oder Waffen: die Wahrheit. Die Wahrheit hat eine eigene Kraft. Kunst hat eine eigene Kraft. Diese uralte Lektion – dass alles, was wir tun, zählt – ist die Bedeutung des Kampfes der Menschen hier in den Vereinigten Staaten und überall sonst. Ein Gedicht kann eine Bewegung inspirieren. Eine Broschüre kann eine Revolution auslösen. Ziviler Ungehorsam kann Menschen aufrütteln und zum Nachdenken anregen. Wenn wir uns untereinander organisieren, wenn wir uns engagieren, wenn wir gemeinsam aufstehen und unsere Stimme erheben, können wir eine Macht schaffen, die keine Regierung unterdrücken kann.

AKTUELLES

Internationales Recht und Strafflosigkeit

Europäische Politiker verurteilen Israels Angriff eines palästinensischen Flüchtlingslagers in Rafah.

Nur wenige Tage nach dem Ansuchen des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshof um Haftbefehle israelischer Spitzenpolitiker und nach dem ausdrücklichen Befehl des Internationalen Gerichtshofs, die Offensive in Rafah zu beenden, bombardiert Israel ein palästinensisches Flüchtlingslager. Mindestens 45 Menschen, der Großteil davon Frauen und Kinder, sterben.^{52:1} Der Angriff stieß auf sofortige internationale Verurteilung: „In Rafah gibt es keine sicheren Gebiete für palästinensische Zivilisten. Diese Operationen müssen aufhören. [...] Ich fordere die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts und einen sofortigen Waffenstillstand“, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. „Unschuldige Männer, Frauen und Kinder wurden zerstückelt und bei lebendigem Leibe verbrannt. Legen Sie Zeugnis ab von den Bildern und fragen Sie sich: Stehen Sie auf der richtigen Seite der Geschichte?“, schrieb Schottlands ehemaliger Premierminister Humza You-saf. Der italienische Verteidigungsminister Guido Crosetto merkte an, dass Israels Kriegsführung „nicht mehr zu rechtfertigen ist“ und dass „in Bezug auf Rafah sämtliche Staaten der Meinung sind, dass Israel aufhören muss.“ Selbst Israels enger Verbündeter Deutschland, zweitgrößter Exporteur von Waffen an das Land, kritisiert zum ersten Mal „das unverhältnismäßige Vorgehen im Gazastreifen“. ²⁰ Nach den Worten von Vizekanzler Robert Habeck ist Israels Vorgehen „inkompatibel mit internationalem Recht“. Volker Türk, UN-Hochkommissar für Menschenrechte forderte Israel auf, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs Folge zu leisten und den Militäreinsatz in Rafah unverzüglich zu beenden. Eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats zu den Vorfällen wurde einberufen.⁵⁰ Von Österreichs politischer Führung war zu den Ereignissen bislang nichts zu vernehmen.



INDEX

Der Fall Julian Assange. s. 2

Israel und der
Internationale Gerichtshof. s. 3

Österreich und Israel. s. 4

„Niemand von uns ist frei, solange
einer von uns in Ketten liegt.“ s. 5

Zitate. s. 7

HOMEPAGE
<https://diestillepost.org>

ARTIKEL

Der Fall Julian Assange

Manipulierte Beweise und konstruierte Vergewaltigungsvorwürfe in Schweden, Isolationshaft in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis und die Aussicht auf 175 Jahre Haft in den USA. Dies ist die Strafe für die Aufdeckung von Kriegsverbrechen.



Julian Assange bei einer Pressekonferenz im Exil der ecuadorianischen Botschaft 2014. (Quelle: WikiMedia).

Es gibt viele Beispiele der politischen Verfolgung in jüngerer Geschichte, doch wohl kaum eines hat im Westen höhere Wellen geschlagen als der Fall von Julian Assange. Zugleich ist es ein oft missverständener Fall, der durch verzerrte Medienberichte ins falsche Licht gerückt wurde. Es ist ein Präzedenzfall von großer Tragweite, der zeigt, dass Presse- und Meinungsfreiheit längst auf dem Spiel steht.

Chronologie einer Verfolgung

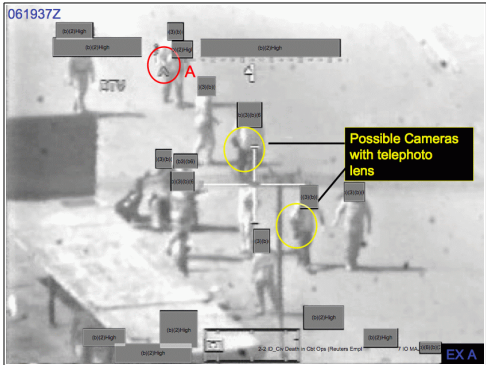
Die Geschichte der politischen Verfolgung von Julian Assange reicht bis mindestens 2010 zurück. Um die Ereignisse besser einordnen zu können, lohnt sich daher ein Überblick:

- 04/2010 • WikiLeaks-Veröffentlichung des Videos *Collateral Murder*
- 07/2010 • WikiLeaks veröffentlicht die *Afghan War Diaries*
- 08/2010 • Haftbefehl in Schweden gegen Assange wegen angeblicher Vergewaltigung
- 10/2010 • WikiLeaks veröffentlicht die *Iraq War Logs*
- 06/2012 • Flucht ins Exil der ecuadorianischen Botschaft
- 04/2019 • Verhaftung durch die britische Polizei und US-Auslieferungsantrag
- 01/2020 • Einstimmige Forderung des Europarates einer „sofortigen Freilassung“
- 06/2022 • Auslieferungsbewilligung der britischen Regierung und Berufung durch Assanges Verteidigung
- 11/2022 • Australiens Forderung der Verfahrenseinstellung und Ablehnung der USA
- 06/2023 • Abweisung des Berufungsantrag durch den obersten Gerichtshof High Court London
- 03/2024 • Vorläufige Entscheidung gegen eine Auslieferung durch die britischen Richter nach erneuter Anhörung

Somit wurde Julian Assange seit etwa 15 Jahren verfolgt, wovon er sieben Jahre im Exil der Botschaft Ecuadors und fünf Jahre im Hochsicherheitsgefängnis von Belmarsh verbrachte.

Die Rolle von WikiLeaks

WikiLeaks wurde 2006 von Julian Assange und weiteren Aktivisten als Enthüllungsplattform gegründet, mit dem ausdrücklichen Auftrag, Dokumente von öffentlichem Interesse zu publizieren, welche andererseits durch Geheimhaltung und Zensur in ihrer Zugänglichkeit beschränkt sind. Die erklärten Grundprinzipien der Organisation sind dabei die hohe Relevanz des veröffentlichten Materials für die allgemeine Öffentlichkeit einerseits, als auch der absolute Schutz und die Anonymisierung der Quellen andererseits, was durch das effektive Anonymisierungsnetzwerk *Tor* sichergestellt ist. Das Unternehmen ist vollkommen selbst- und spendenfinanziert, lehnt Finanzierung durch Unternehmen und Regierungen ab und zählte 2010 nur fünf Mitarbeiter, welche unentgeltlich und in Vollzeit arbeiteten, während über 800 Personen sporadisch Beiträge lieferten. Zugleich wurde WikiLeaks auch stets von Medienunternehmen wie *Associated Press* oder der *National Newspaper Association* mittels Anwälten unterstützt. Auf die Frage, weshalb Medien WikiLeaks unterstützen, antwortete Assange: „Sie sehen uns als eine Organisation, die es ihnen leichter macht, das zu tun, was sie tun. Und sie sehen uns als schwächstes und empfindlichstes Glied im System. Wir nehmen uns die publizistisch schwierigsten Fälle vor. Wenn wir juristisch besiegt werden, könnten sie die nächsten sein. In anderen Worten: Wenn *wikileaks.org* aufgrund eines Gerichtsverfahrens geschlossen wird, wird vielleicht bald dieselbe Argumentation genutzt, um *nytimes.com* zu schließen oder auch *spiegelonline*.“⁴² WikiLeaks betrachtet sich daher auch als wichtiger Zulieferer für investigativen Journalismus. Bereits in den ersten Jahren der Tätigkeit entwickelte sich WikiLeaks zur bevorzugten Kontaktadresse von anonymen Quellen, Regimekritikern und *Whistleblowers* in autokratischen und demokratischen Systemen. Erste öffentlichkeitswirksame Inhalte waren Berichte zur Korruption des ehemaligen kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi im Jahr 2007, Mitgliederlisten der rechtsextremen *British National Party* und Internetsperrlisten verschiedener Länder im Jahr 2008, als auch Entwürfe zu geheimen Abkommen zwischen EU und USA zur Weitergabe europäischer Bankdaten im Jahr 2009.⁷⁰ 2010 sollte schließlich zum Schlüsseljahr für WikiLeaks werden: Es kam nicht nur zur Veröffentlichung etlicher brisanter Berichte, sondern auch zu einer nie dagewesenen Welle von Repressionen.



Ausschnitt aus dem Video *Collateral Murder*. (Quelle: WikiLeaks).

Im April 2010 veröffentlicht WikiLeaks mit *Collateral Murder* das geheime Video der Bordkamera eines Apache-Kampfhubschraubers während eines US-Einsatzes in Bagdad, welches die unprovokierte und wahllose Tötung von über einem Dutzend Personen, darunter zwei *Reuters*-Journalisten, zeigt.⁶⁷ Im Juli 2010 veröffent-

licht WikiLeaks über 75 000 interne Dokumente über den Krieg in Afghanistan (*Afghan War Diaries*). Diese bestehen größtenteils aus Frontberichten des US-Militärs und belegen die Existenz der US-Elitetruppe *Task Force 373* zur illegalen Tötung von vermuteten Taliban-Anführern, die Benutzung von Streumunition in Bruch der Genfer Konvention, als auch eine zunehmend prekäre Sicherheitslage und ein Kontrollverlust der von den westlichen Alliierten installierten afghanischen Regierung unter Präsident Hamid Karzai. Im Oktober 2010 kommt es schließlich mit den *Iraq War Logs*, welche beinahe 400 000 geheime Einträge über den Irak-Krieg enthalten, zur größten Veröffentlichung von militärischen Dokumenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die Dokumente zeigen, dass etwa zwei Drittel der unmittelbaren Opfer des Irak-Krieges Zivilisten waren (66 081 von 109 032, mit bis zu 600 000 geschätzten zivilen Todesopfern bis zum Ende der Besatzung 2011).⁶⁸ Sämtliche Enthüllungen von WikiLeaks wurden zeitgleich von etablierten Medien wie *Spiegel*, *New York Times* und *Guardian* veröffentlicht und erreichten damit ein weltweites Publikum. Nach einer Erhebung von *Reuters* hatte WikiLeaks zu diesem Zeitpunkt die Zustimmung von über drei Viertel der Bevölkerung in über 24 Staaten, und von über 40% der amerikanischen Bevölkerung.⁶⁹ Als unmittelbare Reaktion auf die Veröffentlichungen kam es zur Sperrung der Website-Domäne in etlichen Ländern, darunter Deutschland und USA. Die Regierungen von China, Israel, Nordkorea, Russland, Simbabwe, Thailand und Türkei sperrten den Zugang zu WikiLeaks zumindest zeitweise. Zusätzlich sperrte Amazon sämtliche von WikiLeaks genutzte Server. Mastercard, Visa, und PayPal verweigerten 2010 die Abwicklung von Transaktionen an WikiLeaks, was zu einem Verlust von 95% der Einkünfte des ausschließlich spendenfinanzierten Unternehmens führte.¹⁵

Schwedens unhaltbare Vergewaltigungsvorwürfe

Im Jahre 2010 reist Julian Assange nach Schweden, einerseits um auf Einladung schwedischer Sozialdemokraten einen Vortrag zu halten, andererseits um eine offizielle Anerkennung als gesetzlich geschützte Presseorganisation durch schwedische Behörden zu erreichen. Während seinem Aufenthalt kommt es zum Kontakt mit zwei Frauen, welche sich später bei der Polizei melden um einen HIV-Test von Assange zu erwirken. Die Vorwürfe und folgenden Maßnahmen der schwedischen Behörden werden im Detail von Nils Melzer, Professor für Internationales Recht und UN-Sonderberichterstatter, in seinem Buch „Der Fall Julian Assange“ analysiert.⁴¹ Die Vernehmungsprotokolle wurden von den schwedischen Behörden im Nachhinein bearbeitet und der Vorwurf der Vergewaltigung wurde konstruiert, obwohl beide Frauen diesem widersprechen und Assange eindeutig entlasten. Es ging ihnen nach eigener Angabe lediglich um die mögliche Einforderung eines Tests nach einvernehmlichem Geschlechtsverkehr. Nach Aussagen der beiden Frauen hat es jedoch nie eine Vergewaltigung gegeben. Eine der Frauen sollte später angeben, sie hatte das Gefühl „von der Polizei und anderen Personen um sie herum überfahren zu werden“ und dass man Assange offensichtlich „in die Finger kriegen“ wolle. Zusätzlich wurden die Vorwürfe noch am selben Tag (nur zwei Stunden nach Einvernehmung der Frauen) von der Staatsanwaltschaft

an die schwedische Tageszeitung *Expressen* weitergegeben und verbreiteten sich schnell global. Assanges Erfolgsgeschichte wird damit zu einer Verfolgungsgeschichte. Er wird sich die nächsten neun Jahre in der schwedischen strafrechtlichen Voruntersuchung befinden, mit ständiger impliziter Androhung einer Auslieferung an die USA, ohne dass es aufgrund mangelnder Beweise jemals zu einer Anklage kommt. Daher kann sich Assange auch niemals juristisch dagegen zur Wehr setzen und verteidigen, obwohl er sich nachweislich mehrfach bei den schwedischen Behörden meldet um zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. „Was sich in Schweden im Rahmen einer strafrechtlichen Voruntersuchung innert weniger Wochen an Rechtsbrüchen akkumuliert hat, ist absolut grotesk“, sagt Nils Melzer zu den Vorfällen.⁵³



Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter, bei einem Statement 2019. (Quelle: United Nations).

Exil in der Botschaft von Ecuador und Isolationshaft in Belmarsh

Nicht die Vorwürfe der schwedischen Behörden waren es, sondern deren Weigerung, Assange eine Garantie gegen seine Auslieferung an die Amerikaner zu geben, welche ihn im Juni 2012 zur Flucht in die ecuadorianische Botschaft bewog. Zudem drohte Schweden mit unmittelbarer Verhaftung, selbst falls keine Anklage erfolgen sollte. Ecuador gewährte ihm Asyl als politischer Flüchtling. Mit der Flucht ins ecuadorianische Exil verletzte Assange die britischen Kautionsauflagen im Zusammenhang mit dem schwedischen Auslieferungsverfahren. Nachdem Ecuador 2017 eine neue Regierung bekommt und der US-Kongress dem Land Kooperation und Kredite in Aussicht stellt, wird Assanges Asyl kurz darauf aufgehoben und es kommt noch am selben Tag zur Verhaftung durch die britische Polizei. Er wird unmittelbar dem Richter vorgeführt, welcher ihn mit den folgenden Worten zu 50 Wochen Haft verurteilt: „Sie sind ein Narzisst, der nur an seine eigenen Interessen denkt. Ich verurteile Sie wegen Verletzung der Kautionsauflagen.“⁵³ Damit wurde das Maximalstrafmaß von 52 Wochen beinahe vollkommen ausgeschöpft für Verstoß gegen Kautionsauflagen, ein Vergehen für das es in Großbritannien üblicherweise lediglich Geldbußen oder Haftstrafen von wenigen Tagen gibt. Seither befand sich Julian Assange in fast vollständiger Isolationshaft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh unter Bedingungen, die sonst nur für Schwerverbrecher vorgesehen sind. Nils Melzer spricht von „gezielter psychologischer Folter“, mit messbaren kognitiven und neurologischen Schäden. Im Dezember 2021 erleidet Assange einen Schlaganfall während einer Berufung vor dem Obersten Gerichtshof in London. ■

RECHERCHE

Israel und der Internationale Gerichtshof

„Wenn es einen Konflikt gibt, in dem es einen Weltrekord an Tötung geschützter Personengruppen gibt, dann liegt das Gesetz in Trümmern. Anders kann man das nicht sehen.“ (Jan Egeland, Generalsekretär des Norwegian Refugee Council)

Am 24. Mai verordnete der Internationale Gerichtshof in Den Haag einen sofortigen Stopp der israelischen Militäroffensive in Rafah. Als Grund dafür nannte er die dadurch bedingte potenzielle Gefahr einer teilweisen oder vollständigen Zerstörung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza.²⁷ Zwei Tage nach der Veröffentlichung dieser Verordnung wirft Israel sieben 900 kg Bomben über dem Brix-Lager im Westen Rafahs ab. 45 Palästinenser kommen in ihren Zelten ums Leben, mehr als die Hälfte davon Kinder, Frauen und ältere Personen. Der Einschlagsort war von Israel als „sichere Zone“ für Zivilisten deklariert worden und keine Evakuierungswarnung war zuvor ausgesprochen worden.² Einen Tag darauf, am 27. Mai, kommen 21 Palästinenser, darunter 13 Frauen und Mädchen, bei einem israelischen Luftangriff auf ein Zeltlager in Al-Mawasi, im Süden Rafahs, ums Leben. Auch das Al-Mawasi-Gebiet war zuvor von Israel als „sichere Zone“ deklariert worden. Am selben Tag rücken israelische Panzer in das Zentrum Rafahs vor und das Kuwaiti-Krankenhaus, eines der letzten funktionstüchtigen Krankenhäuser Gazas und ebenfalls im Zentrum Rafahs gelegen, schließt seine Pforten nachdem zwei Mitarbeiter am Eingangsportal einem israelischen Drohnenangriff zum Opfer fallen.¹⁴ Anstatt die Verordnung des Internationalen Gerichtshofes anzuerkennen und die auferlegten Maßnahmen umzusetzen, wird diese von Israel gänzlich ignoriert und die Handlungen, welche sie begründeten, werden weiter intensiviert. Israel legt ein Verhalten an den Tag, dass die höchste völkerrechtliche Instanz gänzlich missachtet und deren Legitimität dadurch untergräbt. Eine kurze Übersicht der Reaktionen Israels auf die bisherigen Schiedsprüche des IGH, zeigt, dass jenes Verhalten keineswegs eine Ausnahme, sondern vielmehr die Regel des Umgangs Israels mit dem Internationalen Gerichtshof ist.

IGH: 1. Verordnung – Prävention eines Genozids und Steigerung der Hilfeleistungen

Der IGH fordert Israel am 26. Jänner per Verordnung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das eigene Militär in Gaza keine genozidalen Handlungen begehe und dass genügend Hilfsgüter und -leistungen die palästinensische Zivilbevölkerung erreichen.²⁹ Die Verordnung erfolgt als Reaktion auf eine südafrikanische Anklageschrift, welche zu weiten Teilen auf Informationen von den, in Palästina tätigen Unterorganisationen der Vereinten Nationen (UNICEF; UNRWA; UNIASC; UNOCHA) beruhte.²⁶ Anstatt nachvollziehbare Maßnahmen zum Erfüllen dieser Verordnung zu setzen, veröffentlicht Israel Tags darauf, am 27. Jänner, Behauptungen über die angebliche Teilnahme von UNRWA-Mitarbeitern an den Verbrechen des 7. Oktobers und versucht dadurch die Informationsbasis der Anklage zu diskreditieren.⁴⁵ Eine, von der ehemaligen französischen Außenministerin Catherine Colonne geleitete, unabhängige Untersuchung dieser Vorwürfe zeigt jedoch, dass Israel bereits seit 2011 vollständige Einsicht in die Mitarbeiterliste des UNRWA hatte und bis zu diesem Zeitpunkt, weder intern noch extern Bedenken an dieser geäußert hatte.⁶⁴ Eine zweite, von UN-Generalsekretär António Guterres angeleitete und nach wie vor laufende Untersuchung betreffend der 19 beschuldigten UNRWA-Mitarbeitern, brachte bisher keinerlei Beweise für irgendeinen der getätigten Vorwürfe.⁶ Trotz der anscheinenden Haltlosigkeit der israelischen Anschuldigungen wurde die Glaubwürdigkeit der Vereinten

Nationen in der öffentlichen Meinung durch diese Kampagne erheblich geschwächt, ihre finanzielle Situation durch zahlreiche darauf folgende Sanktionen beinahe ruiniert (mit finanziellem Verlust von ca. 450 Millionen Dollar) und versucht, der Anklageschrift Südafrikas ihre Legitimität abzustreiten. Anstatt sich innerhalb des völkerrechtlichen Rahmens argumentativ zu rechtfertigen und kooperativ zu verhalten, reagiert Israel auf die Vorwürfe mit populistischen Manipulationsversuchen, welche bewirken, dass international anerkannte Institutionen diskreditiert und deren reibungsloses Funktionieren unterbunden wird. Laut *Amnesty International* erfüllte Israel bisher keine einzige der sechs geforderten Maßnahmen.⁴

IGH: 2. Verordnung – Sofortige Einfuhr von ausreichend Hilfsgütern und -leistungen

Am 28. März modifiziert der IGH, aufgrund des Ausbleibens einer adäquaten Reaktion Israels, seine zuvor veröffentlichte Verordnung und verstärkt darin die Aufforderung, umgehend die Zufuhr der zum Überleben der palästinensischen Bevölkerung notwendigen Hilfsmitteln zuzulassen. Insbesondere müssten ausreichend Lebensmittel Gaza erreichen, um die erzwungene Hungersnot zu lindern. Die Einfuhr und Verteilung der Güter hat dabei in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vereinten Nationen zu erfolgen. Israel ist des Weiteren dazu verpflichtet nach dem Verstreichen eines Monats vor dem Internationalen Gerichtshof Bericht über die getätigten Maßnahmen zu erstatten.²⁸ Am 1. April, drei Tage nach Veröffentlichung der Verordnung des IGH, werden sechs internationale Mitarbeiter und ein palästinensischer Fahrer der Hilfsorganisation *World Central Kitchen* (WCK) durch einen gezielten, israelischen Luftangriff getötet, nachdem sie die Anlieferung von 100 Tonnen Lebensmittel in eine Lagerhalle in Gaza übersahen. Der 3-Auto-Konvoi, in welchem sie sich befanden, fuhr eindeutig unter dem Logo der WCK, ihre Koordinaten waren der israelischen Armee bekannt und die Lieferung erfolgte unter ständiger Absprache mit den israelischen Autoritäten. Der Angriff wurde allem Anschein nach bewusst durchgeführt: Als das erste Auto des Konvois von der Drohne getroffen wurde, flüchteten die Überlebenden dieses Angriffs in das zweite Auto, welches kurz darauf ebenso beschossen wurde. Die Überlebenden dieses Angriff suchten daraufhin Schutz im letzten verbliebenen Auto, welches danach ebenso beschossen wurde. Es wurden nach Angaben der Israel Defense Forces (IDF) drei Raketen innerhalb von 5 Minuten auf die drei Autos des Konvois abgefeuert, wobei der erste und der letzte Einschlagspunkt 1,8 Kilometer voneinander entfernt lagen. José Andrés, Gründer der NGO *World Central Kitchen* nannte den Angriff „bewusst“ und „systematisch, Auto für Auto“ durchgeführt: „Es war ein direkter Angriff auf klar gekennzeichnete Fahrzeuge, deren Route den IDF bekannt war.“^{60:54} Erin Gore, CEO von *World Central Kitchen* nannte es einen allgemeinen „Angriff auf humanitäre Organisationen, die beistehen, wenn Nahrung als Waffe benutzt wird. Das ist unverzeilich“.⁴³ Als direkte Folge des Angriffs, stellten WCK sowie zwei weitere Hilfsorganisationen aufgrund der immanenten Gefahr für ihre Mitarbeiter die Tätigkeit in Gaza vorübergehend ein und beschleunigten dadurch das Ausbreiten der Hungersnot. Erneut handelt Israel direkt konträr zu den, vom IGH auferlegten Maßnahmen.

IGH: 3. Verordnung – Sofortiger Stopp der Rafah-Offensive

Wie Eingangs erwähnt betraf die letzte Verordnung des IGH am 24. Mai die israelische Offensive in Rafah, im Süden Gazas, und forderte deren sofortigen Einhalt aufgrund der katastrophalen Konsequenzen für die ca. 1,3 Millionen geflüchteten Zivilisten vor Ort. Bisher zeigen die Handlungen Israels keinerlei Intention diesem Urteilsspruch zu folgen: Nach den zwei bereits erwähnten Angriffen auf die, als „sicher“ deklarierten Zonen, übernimmt Israel am 31. Mai, die Kontrolle über den *Philadelphia-Korridor*, einem 14 km langen Grenzabschnitt zwischen Ägypten und Rafah, und positioniert dort seine Panzerlinie.⁵⁷ Ausgehend von dieser werden regelmäßige Angriffe auf das Zentrum Rafahs durchgeführt, scheinbar mit dem Ziel, bis zum westlichen Küstenabschnitt Rafahs vorzudringen.⁵⁵ Laut Suhayb al-Hams, Direktor des *Kuwait Specialised Hospital*, füllen sich seither die Straßen Rafahs mit dutzenden Toten und Verletzten, welchen aufgrund der ständigen israelischen Angriffe und dem Fehlen eines funktionstüchtigen Krankenhauses nicht geholfen werden kann.⁵ Die Verordnung des Internationalen Gerichtshofes wird offenkundig erneut missachtet.

IStGH: Haftbefehlantrag für Sinwar, al-Masri, Haniyeh, Netanyahu, Gallant

Am 20. Mai beantragt Karim Khan, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes einen Haftbefehl für die Hamas-Funktionäre Yahya Sinwar, Mohammed al-Masri und Ismail Haniyeh sowie den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant und Premierminister Benjamin Netanyahu.³¹ Während dieser Antrag für die Führung der Hamas, einer politischen Organisation deren Legitimität im Westen nicht anerkannt wird und welche stattdessen zumeist als Terrororganisation eingestuft wird, kaum veränderte Bedingungen bedeutet, hätte dieser Haftbefehl für die israelischen Politiker weitreichende Konsequenzen: Mehr als 100 Regierungen weltweit, darunter alle europäischen Länder, wären verpflichtet Netanyahu und Gallant im Falle einer Einreise, festzunehmen und an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auszuliefern. Infolgedessen würde sich die diplomatische Bewegungsfreiheit der israelischen Führung stark vermindern und somit auch die Möglichkeit ihre eigene Position am internationalen Schauplatz zu solidieren.⁸ Um diesen politischen Folgen zu entgehen, schreckte Israel daher bisher vor kaum vor einem Mittel zurück: Wie eine Recherche der englischen Zeitung *The Guardian* und des israelischen Onlinemagazin +972 kürzlich offenlegte, betrieb Israel jahrelang eine Abhör- und Manipulationskampagne gegen den IStGH in Zuge derer es auch zu Gewaltdrohungen gegen Khans Vorgängerin Fatou Bensouda kam. Ihr wurde von Mossad-Chef Yossi Cohen mehrmals geraten, mögliche Anklagen besser fallenzulassen, falls ihr die eigene Sicherheit und jene ihrer Familie am Herzen läge. Karim Khan verwies, scheinbar in Anspielung auf diese Einschüchterungsversuche, in seiner Antragsrede auch konkret auf die Tatsache, dass jeder Versuch der Beeinflussung oder Einschüchterung des IStGH einer kriminellen Straftat gleichkäme und dementsprechend verfolgt und geahndet werden würde.⁵⁸ Einmal mehr zeigt Israel sich jedoch wenig beeindruckt von internationalem Recht und dessen institutionellen Vertretern: Premierminister Benjamin Netanyahu, Präsident Isaac Herzog, Außenmi-

nister Israel Katz und Kriegskabinetts-Leiter Benny Gantz stellten sich bisher geschlossen gegen den Antrag und bezeichneten diesen als „unmoralisch“, „ungerecht“, „inakzeptabel“ und sogar als „widersprüchlich zu internationalem Recht“. Argumente, wieso der Internationale Strafgerichtshof im Widerspruch zum internationalem Recht handeln sollte, folgten der Behauptung von Isaac Herzog bisher keine. Das alles gewährende Recht auf Selbstverteidigung und eine scheinbar der israelischen Führung inhärente moralische Überlegenheit müssen der öffentlichen Meinung als Rechtfertigung für die Missachtung des internationalen Rechtes genügen. Leider bekommt Israel bei diesem Versuch, die eigenen Straftaten zu legitimieren und den juristischen Rahmen des internationalen Zusammenlebens zu entwerten, Rückendeckung von einigen internationalen Akteuren.

Reaktionen der österreichischen Regierung und ihre Implikationen

Eine juristische Instanz wie der internationale Gerichtshof, welche über keinerlei exekutive Gewalt verfügt, ist zur effektiven Ausübung der eigenen Gerichtsbarkeit auf die Kooperation mit anderen Parteien angewiesen, welche diese als legitim anerkennen und sich der Exekution ihrer Urteile freiwillig verpflichten. Im Falle des Internationalen Gerichtshofes sind das all jene 193 Staaten, welche geschworen haben, diesen als oberstes internationales Rechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen anzuerkennen und sich dessen Rechtsprechung zu unterwerfen. Österreich zählt seit 1955 zu diesen Ländern.³⁰ Doch trotz dieser offiziellen Verpflichtung Österreichs, hat Bundeskanzler Karl Nehammer und die österreichische Regierung bisher Konstanz in ihrer Ablehnung gezeigt. Sowohl die von Südafrika eingebrachte Anklage Israels beim Internationalen Gerichtshof, als auch der Antrag auf einen Haftbefehl beim Internationalen Strafgerichtshof, wurden von Nehammer negativ kommentiert.^{72:71} Als Reaktion auf Ersteres, wurde die Bedeutung des IGH betont, jedoch nur um im Folgesatz die rechtmäßig eingebrachte Anklage Südafrikas als Versuch einer Politisierung zu delegitimieren. Ähnlich war die Reaktion im Bezug auf das Ansuchen beim IStGH: Der Respekt gegenüber der Unabhängigkeit des Strafgerichtshofes wurde betont, infolgedessen jedoch die Nachvollziehbarkeit seines Vorgehens angezweifelt. In beiden Fällen hat sich Österreich somit, anstatt die Urteilssprüche der beiden Gerichtshöfe abzuwarten und sich diesen, wie geschworen, unterzuordnen, bereits vor Entscheidung des Gerichtshofes eindeutig hinter Israel gestellt und mit diesem Partei ergriffen. Auf die seither veröffentlichten Verordnungen des Internationalen Gerichtshofes gegen Israel hat die österreichische Politik in keiner Weise reagiert und weder zu deren Befolgung noch zu deren Wahrnehmung aufgerufen. Werden jedoch die Urteilssprüche einer juristischen Instanz nicht mehr ausreichend wahrgenommen und die Exekutionsverpflichtungen offensichtlich vernachlässigt oder sogar völlig missachtet, verliert diese zwangsläufig ihre Glaubwürdigkeit und folglich auch ihre Legitimität und Wirksamkeit. Geschieht dies mit dem Internationalen Gerichtshof so wäre dies gleichzusetzen mit dem Verlust des wichtigsten völkerrechtlichen Verfechters. Ein Verlust welchen wir uns als Gesellschaft in der heutigen Zeit nicht leisten können und dessen unmittelbare Auswirkungen auf das globale Miteinander uns möglichst bewusst sein sollten. ■

RECHERCHE

Österreich und Israel

Die Geschichte einer turbulenten Beziehung, welche im aktuellen Alleingang und der zunehmenden Isolation Österreichs in EU und UNO mündet.

In jüngster Vergangenheit kam es zu einigen bemerkenswerten Aussagen hochrangiger österreichischer Politiker zum Nahostkonflikt, die eine nähere Betrachtung rechtfertigen. Das österreichische Naheverhältnis zu Israel ist umso erstaunlicher, als dass es aktuell in diametralem Gegensatz zu der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft steht und sowohl jüngere, als auch jahrzehntelange, dokumentierte Menschen- und Völkerrechtsbrüche außer Acht lässt.^{24:37}

Isolation Österreichs bei den Vereinten Nationen

In Bezug auf die israelfreundliche Haltung der türkis-grünen Bundesregierung im Nahostkonflikt sagte Bundespräsident Alexander van der Bellen: „Ich finde das Abstimmungsverhalten Österreichs in der UNO richtig. Und zwar aus historischen Gründen. Österreich hat mit Israel ein ausgezeichnetes Verhältnis. Israel hat mit dem 7. Oktober einen unfassbaren Schock erlebt. Die Brutalität der Hamas ist unbegreiflich, abscheulich.“¹⁸ Dies war im Dezember 2023 und zu einer Zeit, als Österreich bereits mehrmals in Folge bei UN-Generalversammlungen gegen eine Waffenruhe in Gaza gestimmt hatte. Zu einer Zeit, als bereits völlig klar war, dass seit Anbeginn von Israels Feldzug mindestens 70% der Todesopfer Frauen und Kinder waren und der Internationale Gerichtshof in einer historischen Entscheidung den Völkermordsvorwurf Südafrikas an Israel als legitim betrachtet und weitere Untersuchungen angeordnet hat.¹⁶



Bundespräsident Alexander van der Bellen bei einer Pressekonferenz in Israel 2019.¹¹

Hier zählt es sich aus, einen näheren Blick auf die Abstimmungsergebnisse der jüngsten UN-Resolutionen zu werfen:

- (i.) *United Nations General Assembly Resolution ES-10/21* forderte einen „sofortigen und dauerhaften“ humanitären Waffenstillstand und die Einstellung der Feindseligkeiten, verurteilte „alle gegen palästinensische und israelische Zivilisten gerichteten Gewalttaten“ und „fordert, dass alle Parteien ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen unverzüglich und vollständig nachkommen“.⁶¹ Eine Mehrheit von 121 Staaten haben die Resolution am 27. Oktober 2023 angenommen, mit 44 Staaten, die sich der Stimme enthielten, und 14 Staaten, darunter Österreich, Israel und die USA, die dagegen stimmten. Am 25. Oktober, kurz vor der Abstimmung, forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, einen Waffenstillstand und erklärte, dass die Angriffe der Hamas „nicht im luftleeren Raum stattfanden“ und im Kontext der 56-jährigen „erdrückenden Besatzung“ Israels verstanden werden müssten. Er betonte, dass „die Beschwerden des palästinensischen Volkes die entsetzlichen Angriffe der Hamas nicht rechtfertigen können. Und diese entsetzlichen Angriffe können die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes nicht rechtfertigen.“

- (ii.) *United Nations General Assembly Resolution ES-10/22* forderte einen sofortigen Waffenstillstand im Israel-Hamas-Krieg, eine „sofortige und bedingungslose“ Freilassung der Geiseln, „die Gewährleistung eines humanitären Zugangs“ und enthielt die Forderung, dass „alle Parteien ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen“.⁶³ Die Resolution wurde am 12. Dezember 2023 mit großer Mehrheit von 153 Mitgliedsstaaten angenommen, wobei sich 23 Staaten enthielten und nur 10 Staaten dagegen stimmten. Unter den Staaten, die die Resolution ablehnten waren neben den historischen Verbündeten Israel und USA lediglich Österreich, Tschechien, und wenige Ausnahmen wie etwa Guatemala, Liberia, und Papua-Neuguinea, allesamt Staaten mit historisch bedenklicher Menschenrechtslage. Selbst so enge Verbündete Israels wie Deutschland und Großbritannien haben die Resolution nicht abgelehnt, sondern sich wie bei *UN Resolution ES-10/21* der Stimme enthalten.

Behinderung internationaler Institutionen und Rechts

In ihrer Bemühung, im März 2024 und nach Monaten des Zögerns eine klare Forderung nach einem nachhaltigen Waffenstillstand in Gaza zu formulieren, wurden die EU-Staaten ganz wesentlich von Österreich blockiert, welches in wochenlangen Diskussionen eine Erweiterung der verabschiedeten Erklärung erzwingen wollte. Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer wollte erwirken, dass die Vergewaltigung von Israelinnen durch Hamas-Kämpfer klar benannt und die sexuelle Gewalt der Hamas verurteilt wird. Dazu sagt Nehammer: „Die Hamas verwendet Menschen, Kinder, Frauen als Schutzschilde für ihr grausames Geschäft. Ziel eins muss es sein, die Hamas zu zerstören. Die Hamas könnte das Leiden sofort beenden. Ich sehe es in österreichischer Verantwortung, darauf hinzuweisen, wer ist der Verursacher dieser Tragödie, und das ist die Hamas.“⁴⁸ Unabhängig davon, dass der Hinweis auf den Angriff der Hamas als Auslöser der aktuellen Konfliktsituation eine mehr als 50 Jahre andauernde, stetig eskalierende und illegale israelische Militärbesatzung des Gazastreifens außer Acht lässt, sind sämtliche Äußerungen Nehammers nicht belegt oder sogar widerlegt. Doch sollten wir hier näher auf jeden einzelnen Punkt eingehen:

- Für den Vorwurf Nehammers, die Hamas würden Zivilisten als menschliche Schutzschilde einsetzen, gibt es keinen einzigen Beweis. Tatsächlich ist dieser Vorwurf nicht neu und wird von den Israeli Defense Forces (IDF) immer dann angeführt, wenn zivile Infrastruktur gezielt angegriffen wird. Bereits im Libanonkrieg 1982 warf man der Palestine Liberation Organization (PLO) vor, Zivilisten als Schutzschilde zu verwenden, während man Beirut völkerrechtswidrig belagerte und dessen vollkommen ungeschützte palästinensische Flüchtlingslager bombardierte.¹² Nun wiederholt sich die Geschichte mit ungleich mehr zivilen Todesopfern in Gaza. Die Investigativplattform *Forensic Architecture*, gegründet von Forschern des University College London, hat die offiziellen Argumente Israels, welche dem Internationalen Gerichtshof

als Rechtfertigung für Bombardements ziviler Einrichtungen vorgelegt wurden, mittels visuellen Beweismaterials analysiert und weitgehend widerlegt.¹⁹ In den Dokumenten der israelischen Anwälte wurden Krankenhäuser falsch eingezeichnet, von israelischen Bombardements verursachte Krater fälschlicherweise als Hamas-Abschussrampen deklariert und die Grenzen von UN Humanitarian Zones falsch ausgewiesen.

- Der Vorwurf systematischer sexueller Gewalt der Hamas geht auf den Artikel „Screams Without Words“ der *New York Times* zurück, der weltweit für großes Entsetzen sorgte und vielfach zitiert wurde.⁴⁴ Der Artikel wurde von der israelischen Filmemacherin und ehemaligen Geheimdienstmitarbeiterin der israelischen Luftwaffe Anat Schwartz mitverfasst und erschien im November 2023 in einem Moment, als die globale Opposition zu Israels Gaza-Feldzug Überhand gewann. Er enthält etliche entscheidende Ungereimtheiten. So wird darin der Hauptfall von Gal Abdush angeführt, einer Israelin, die dem Überfall der Hamas zum Opfer fiel. Abdushs eigene Familie widerlegt den Vergewaltigungsvorwurf: „Die Medien haben es erfunden. [...] Wenn wir wüssten, dass der Titel über Vergewaltigung und Gemetzel sein würde, hätten wir nie zugestimmt.“ Die Autorin Anat Schwartz räumt in späteren Interviews ein, in mehreren Besuchen der Hilfszentren der betroffenen Kibbutzim keinen direkten Beweis von Vergewaltigungen oder sexueller Gewalt gefunden zu haben.⁵⁹ Selbstverständlich sind einzelne grausame Vorfälle im Zuge des Überfalls vom 7. Oktober nicht auszuschließen, von einer systematischen Kampagne der sexuellen Gewalt kann aber nach derzeitigem Informationsstand nicht auszugehen sein.
- Der Verursacher der anhaltenden Not-situation Gazas, in der die Zivilbevölkerung vollkommen von Hilfsgütern abgeschnitten und zeitgleich bombardiert wird, ist Israel. Sowohl der UN-Generalsekretär António Guterres, als auch der Generalkommissar der UNRWA-Hilfsorganisation Philippe Lazzarini haben in etlichen Pressemitteilungen gewarnt, dass es „keinen sicheren Ort in Gaza“ gibt.^{62:65} Dies ist eine unmittelbare Folge der Kriegsführung Israels, wobei Gebiete in Khan Younis und Rafah, welche zunächst als sichere Evakuierungszonen gekennzeichnet waren, unmittelbar darauf bombardiert wurden.²¹ Lazzarini betont dies wie folgt: „Seit Kriegsbeginn sind die meisten Menschen in Gaza mehrmals umgezogen: im Durchschnitt einmal im Monat. Sie suchen verzweifelt nach Sicherheit, die sie nie fanden. Einige haben keine andere Wahl, als in den ausgebombten UNRWA-Unterkünften zu bleiben. Die Behauptung von ‚sicheren Zonen‘ ist falsch und irreführend. Kein Ort in Gaza ist sicher. Punkt.“¹³

Als der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, am 20. Mai 2024 Anträge für Haftbefehle gegen die führenden israelischen Politiker Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant auf Basis gesammelter Beweise zu etlichen Kriegsverbrechen wie dem „Aushungern von Zivilisten als Methode

der Kriegsführung“, „gezielte Angriffe gegen eine Zivilbevölkerung“ und „Auslöschung“ einreicht, reagiert Bundeskanzler Nehammer mit den Worten: „Dass die Anführer der Terrororganisation Hamas, deren erklärtes Ziel die Vernichtung des Staates Israel ist, in einem Atemzug genannt werden mit demokratisch gewählten Vertretern ebendieses Staates, ist nicht nachvollziehbar.“^{31:49} Wiederum stellen sich angesichts dieser Worte etliche Fragen: Gilt internationales Recht denn für demokratisch gewählte Vertreter nicht? Recht gilt entweder für jeden, oder es ist wertlos. Ist das Ziel der Hamas tatsächlich die Vernichtung des Staates Israel? Tatsächlich akzeptiert die Hamas in ihren Statuten von 2017 einen Palästinenserstaat innerhalb der Grenzen von 1967, also vor der völkerrechtswidrigen Besatzung durch Israel. Damit erkennt selbst die Hamas eine Zweistaatenlösung und implizit das Existenzrechts Israels an.²³ Außerdem wurde die Hamas in den von internationalen Beobachtern abgesegneten Wahlen in Gaza von 2006 demokratisch gewählt. Dass es seither keine regulären Wahlen mehr gegeben hat, liegt unter anderem an internen Putschversuchen und einer von Israel unmittelbar nach Wahlergebnis auferlegten Blockade des Gazastreifens seit 2007.²²

Verwendung des Antisemitismusbegriffs als Waffe gegen Kritik

Erwähnenswert ist auch die Haltung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Kurz vor dem Start der Wiener Festwochen, kommentierte er die Einladungen der französischen Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux und des Ökonomen und ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis: „Für mich ist es unerträglich, dass unter dem Vorwand der Kunst- und Meinungsfreiheit, so wie das schon bei der Documenta in Kassel passiert ist, der Antisemitismus über die Hintertür zu uns ins Land getragen wird.“ Die Auftritte von Ernaux und Varoufakis seien „skandalös“, befand Sobotka. Es sei „unsere historische Verantwortung nicht zuzulassen, dass Menschen, die einen derartig verzerrten moralischen Kompass haben, bei einer der größten Kulturveranstaltungen des Landes eine Bühne bekommen.“ Und: „Als Nationalratspräsident der Republik Österreich fordere ich den Intendanten der Wiener Festwochen auf, diese Herrschaften schleunigst wieder auszuladen.“³⁸



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei einer Gedenkveranstaltung für die Opfer Israels vom 7. Oktober 2023.³⁸

Es ist müßig zu erwähnen, dass sich weder Varoufakis noch Ernaux jemals negativ über Juden geäußert haben oder das Existenzrecht Israels infrage stellen, sondern sich lediglich gegen die völkerrechtswidrige Besatzung und historische Unterdrückung der Palästinenser durch Israel aussprechen, ein Umstand der längst belegt ist und den wir in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift im Detail behandelt haben (vgl. *Die Stille Post*, VOL.I, No.1).^{12:34} Dennoch wird der harte Vorwurf des Antisemitismus gegen sie unter-

breitet. Bei einer Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde zudem eine Resolution einstimmig beschlossen, in der man sich vom geplanten Auftritt von Annie Ernaux distanziert. Die Haltung Sobotkas kann daher nicht als Einzelfall, sondern durchaus als parteiübergreifender Konsens gewertet werden. Milo Rau, Intendant der Wiener Festwochen antwortete in einem Offenen Brief auf die Anschuldigungen: Ernaux aufgrund ihrer Kritik gewisser Aspekte der israelischen Politik als „Antisemitin“ zu bezeichnen, sei „so falsch und absurd“, als würde man sie aufgrund ihrer Kritik der iranischen Regierung als „Islamhasserin“ oder aufgrund der Kritik ihrer eigenen Regierung als „frankophob“ bezeichnen. „Mit solchen Aktionen entleert man den Begriff des Antisemitismus, der ein reales Problem darstellt, das es gemeinsam zu bekämpfen gilt. Ernaux geht es bei all ihrer literarischen und politischen Arbeit um die Anklage von Gewalt und ein gewaltloses Zusammenleben.“⁴⁷ Sobotkas Aussagen reihen sich direkt ein in einen internationalen Trend, der von Omer Bartov, jüdischer Professor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Brown University, als *Weaponization of Antisemitism*, also die Verwendung des Antisemitismusbegriffs als Waffe gegen jegliche Kritik an Israel, bezeichnet wird.¹⁷

Österreichs Beziehung zu Israel im historischen Rückblick

Die oben genannten Beispiele ließen sich noch weiterführen, doch seien hier nur die Standpunkte von Österreichs mächtigsten Politikern (Bundespräsident, Nationalratspräsident, Bundeskanzler) exemplarisch wiedergegeben. Die entscheidende Frage ist, wie Österreichs führende Politiker zu derart überzeugten Unterstützern Israels wurden und selbst in Anbetracht eindeutiger Gegenbeweise bei ihren Standpunkten verharren, auch wenn es sie und damit das offizielle Österreich der Unglaubwürdigkeit preisgibt und zunehmend international isoliert. Ein kurzer historischer Rückblick sollte etwas Licht auf die aktuelle Situation werfen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Israel in der Nachkriegszeit waren äußerst wechselhaft und keineswegs immer freundlich. Österreich war einerseits das Heimatland etlicher hochrangiger Nationalsozialisten, aber auch von Theodor Herzl, dem Vater des Zionismus, und vieler jüdischer Auswanderer, die wesentlich an der Gründung Israels 1948 beteiligt waren. Viele Antisemiten und ehemalige Nationalsozialisten blieben in der Nachkriegszeit der 1950er und 1960er weitgehend unbescholten und unterstützten die Gründung des Verbands der Unabhängigen (VdU) als politische Vorgängerpartei der heutigen Freiheitlichen Partei (FPÖ), die nach etlichen Umfragen die aktuell stimmenstärkste Partei Österreichs ist.⁵⁶ In den 1970ern schließlich wählte Österreich mit dem Sozialdemokraten Bruno Kreisky einen jüdischen Bundeskanzler, der den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust überlebte,

indem er ins schwedische Exil auswanderte. Kreisky sollte eine der dominantesten Figuren der europäischen Sozialdemokraten werden, regierte über 13 Jahre mit absoluter Mehrheit und nutzte Österreichs Neutralität um Wien zu einem internationalen diplomatischen Zentrum für Verhandlungen aufzubauen. Kreisky war auch stark an einer Lösung des Nahostkonflikts interessiert und davon überzeugt, dass die Spannungen in der Region nur durch ein Entgegenkommen gegenüber den Palästinensern gelöst werden könnten. Er kritisierte die zunehmend harte Haltung Israels unter dem konservativen Premierminister Menachem Begin und nannte das Land 1978 einen „Polizeistaat“.⁵¹ Unterdessen war Kreisky der erste westliche Staatschef, der sich mit Yassir Arafat, dem Führer der Palestine Liberation Organization (PLO), traf. 1980 ging Kreisky noch einen Schritt weiter und erkannte die PLO als offiziellen Vertreter des palästinensischen Volkes an.⁶⁶ Dies war zu einer Zeit, als die PLO bereits seit langem einen moderaten Kurs verfolgte, auf eine Zweistaatenlösung unter vollständiger Anerkennung des Existenzrechts Israels pochte, sowohl öffentlich als auch intern der Waffengewalt absagte und auf eine breite Zustimmung unter dem palästinensischen Volk von annähernd 90% bauen konnte.¹²



Bundeskanzler Bruno Kreisky bei einer Pressekonferenz mit Willy Brandt und Yassir Arafat in Wien 1979.³⁵

In der Zeit nach Kreisky blieb das Verhältnis zwischen Österreich und Israel unterkühlt, speziell nach der Affäre um Kurt Waldheim, der 1986 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und dem vorgeworfen wurde, seine Tätigkeit als SS-Offizier während des Zweiten Weltkriegs verschwiegen zu haben. Nach Waldheim kam es schließlich zu einer Entspannung der Beziehungen. 1993 reiste der sozialdemokratische Bundeskanzler Franz Vranitzky nach Jerusalem und hielt eine entscheidende Rede, in der er die Rolle Österreichs im Holocaust anerkannte und die Israelis um Vergebung bat. Zugleich war es Vranitzky, der Arafat im Bruno-Kreisky-Forum in Wien empfing und weiter um eine Vermittlerrolle Österreichs bemüht war. Im Jahr 2000 kam es schließlich zu einer Koalition der konservativen Volkspartei (ÖVP) mit der offen antisemitischen FPÖ unter Jörg Haider, was zu internationalen Sanktionen Österreichs führte und die Beziehungen zu Israel wieder merklich verschlechterte. Bundespräsident Heinz Fischer lud 2013 und 2016

eine palästinensische Delegation unter Präsident Mahmoud Abbas nach Österreich ein und baute so die neutrale Position Österreichs in Bezug auf den Nahostkonflikt aus.



Bundespräsident Heinz Fischer empfängt den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas 2016 in der Hofburg.⁶⁶

Zu einer entscheidenden Annäherung der beiden Staaten Österreich und Israel kam es unter den jüngsten ÖVP-geführten Regierungen. Speziell Bundeskanzler Sebastian Kurz sah sich durch seine Koalitionsbildung 2017 mit der FPÖ veranlasst, die politische Führung Israels zu überzeugen und verbesserte Beziehungen zu Israel, als auch den „Kampf gegen Antisemitismus“ in Europa zu Schwerpunkten der folgenden EU-Ratspräsidentschaft zu erklären. Obwohl Israels Regierungsvertreter sich weiterhin weigerten mit FPÖ-Ministern zusammenzutreffen, baute die konservative ÖVP ein zunehmend nahes Verhältnis auf, sodass Sebastian Kurz den Premierminister Benjamin Netanyahu bald als „väterlichen Freund“ und dieser Kurz als „wahren Freund Israels“ bezeichnen sollte. Die verbesserten Beziehungen sollten nicht ergebnislos bleiben: Allein zwischen 2018 und 2022 stiegen die österreichischen Exporte nach Israel um 50% an.⁵¹ Nachdem Kurz aufgrund einer Korruptionsuntersuchung 2021 sein Amt niederlegen musste, setzte Karl Nehammer dessen Arbeit als Bundeskanzler fort. Gemeinsam mit einer österreichischen Delegation aus Innenminister Gerhard Karner und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner wurde 2022 ein Abkommen zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft mit Israel unterzeichnet, welches die Bereiche Rüstung, Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung betrifft.⁴⁶



Bundeskanzler Karl Nehammer bei seinem Besuch der Klagemauer in Jerusalem.³⁶

Nehammer sagte dazu: „Israel verfügt über eine hohe militärische Kompetenz und eine sehr effiziente Rüstungsindustrie. In dieser Hinsicht gibt es in Österreich Nachholbedarf, daher sollte das Verteidigungsbudget erhöht werden. [...] Von besonderem Interesse sind dabei die Drohnen- und Rake-

tenabwehr.“⁴⁹ Verteidigungsministerin Tanner ließ sich die israelische Drohnenabwehr vorführen und „war begeistert“.³⁷ Auch Innenminister Karner zog ein positives Resümee: „Die polizeilichen Kooperationen vor allem zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität waren ein wesentlicher Teil der Gespräche. [...] Das Bundeskriminalamt wird in Zukunft noch stärker – vor allem durch Ermittlerkonferenzen – mit den israelischen Polizeibehörden kooperieren.“¹⁰ Ob und in welcher Form das österreichische Parlament oder gar der österreichische Bürger im Vorfeld derartig weitreichender Entscheidungen informiert war, bleibt fraglich. Auch dass Israels Rüstungsunternehmen, wie etwa der Konzern *Elbit*, vor allem deshalb führend sind, weil ihre Drohnen und Überwachungstechnologien permanent und nachweislich an einer palästinensischen Zivilbevölkerung in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten des Westjordanlandes und Gazas getestet werden, scheint irrelevant zu sein.³⁹



Österreichische Delegation bestehend aus Bundeskanzler Nehammer, Innenminister Karner und Verteidigungsministerin Tanner bei Unterzeichnung einer Erklärung zur strategischen Partnerschaft mit Israel.⁴⁶

Von entscheidender Bedeutung sind auch die vor der Mittelmeerküste entdeckten Erdgasvorkommen. Bereits EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte eine Absichtserklärung von Israel zur Flüssiggaslieferung nach Europa eingeholt. Dies entspricht einem geschätzten Liefervolumen von 10 Milliarden Kubikmetern für 2023. „Die großen Gasfunde vor der Küste ermöglichen es, dass sich Israel selbst versorgt. Und Israel kann auch exportieren“, sagt Nehammer dazu.³⁶ Weiters gehe es ihm darum, den österreichischen Mineralölkonzern OMV in eine gute Position zu bringen, solange die europäische Plattform nicht funktioniere.⁴⁶ Dass ein großer Teil der natürlichen Gasvorkommen der Region direkt vor der Küste des Gazastreifens, in den sogenannten *Gaza Marine Fields*, gefunden wurde und ein Grund für die seit 2007 andauernde Seeblockade des besetzten Gebiets durch Israel ist, wurde offensichtlich nicht berücksichtigt.²⁵

Bei einem offiziellen Besuch in Israel 2019 schloss Bundespräsident Alexander van der Bellen sein Pressestatement mit den folgenden Worten: „Ich bin überzeugt: Österreich und Israel, das sind zwei Staaten, die noch viel miteinander vorhaben, sehr viel.“¹¹ Darin sollte er recht behalten. ■

ANSPRACHE

„Niemand von uns ist frei, solange einer von uns in Ketten liegt.“

Yanis Varoufakis, Ökonom und ehemaliger Finanzminister Griechenlands, wurde am 13. April 2024 von deutschen Behörden des Landes verwiesen. Kurz davor wurde der Palästina-Kongress in Berlin aufgelöst, bevor er die folgende Rede geben konnte, die hier im Wortlaut wiedergegeben ist.³²

Freunde,
Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank dafür, dass ihr hier seid, trotz der Drohungen, trotz der eisernen Polizei vor diesem Veranstaltungsort, trotz der Gesamtheit der deutschen Presse, trotz des deutschen Staates, trotz des deutschen politischen Systems, das euch für eure Anwesenheit hier dämonisiert.
„Warum ein palästinensischer Kongress, Herr Varoufakis?“,

fragte mich kürzlich ein deutscher Journalist. Weil, wie Hanan Ashrawi einmal sagte: „Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die zum Schweigen gebrachten Menschen uns von ihrem Leid erzählen.“
Heute ist Ashrawis Vernunft deprimierend stärker geworden: Weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass die zum Schweigen gebrachten Menschen, die ebenfalls massakriert und ausgehungert werden, uns von den Massakern und dem

Hunger erzählen.
Aber es gibt noch einen anderen Grund: Denn ein stolzes, anständiges Volk, das Volk Deutschlands, wird auf den gefährlichen Weg in eine herzlose Gesellschaft geführt, indem es gezwungen wird, sich mit einem weiteren Völkermord in seinem Namen und mit seiner Mittäterschaft in Verbindung zu setzen. Ich bin weder Jude noch Palästinenser. Aber ich bin unglaublich stolz, hier unter Juden und Palästinensern zu sein,

meine Stimme für Frieden und universelle Menschenrechte mit den jüdischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte – mit den palästinensischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte – zu verbinden. Das Zusammensein hier und heute ist der Beweis dafür, dass Koexistenz nicht nur möglich ist – sondern dass sie hier ist! Bereits jetzt.

„Warum nicht ein jüdischer Kongress, Herr Varoufakis?“, fragte mich derselbe deutsche Journalist, der sich einbildete, er sei schlau. Ich begrüßte seine Frage. Denn wenn ein einzelner Jude irgendwo bedroht wird, nur weil er oder sie Jude ist, werde ich den Davidstern am Revers tragen und meine Solidarität zum Ausdruck bringen – um jeden Preis, koste es was es wolle. Um es klar zu sagen: Wenn Juden irgendwo auf der Welt angegriffen würden, wäre ich der Erste, der sich für einen jüdischen Kongress einsetzen würde, um unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Ebenso werde ich, wenn Palästinenser massakriert werden, weil sie Palästinenser sind – unter dem Dogma, dass sie, um tot und palästinensisch zu sein, Hamas gewesen sein müssen – meine Keffiyeh tragen und meine Solidarität anbieten, koste es was es wolle.

Universelle Menschenrechte sind entweder universell oder sie bedeuten nichts. In diesem Sinne habe ich die Frage des deutschen Journalisten mit einigen meiner eigenen beantwortet:

- Sind 2 Millionen israelische Juden vor 80 Jahren aus ihren Häusern in ein Freiluftgefängnis geworfen wurden, immer noch in diesem Freiluftgefängnis festgehalten, ohne Zugang zur Außenwelt, mit minimaler Nahrung und Wasser, ohne Chance auf ein normales Leben oder die Möglichkeit irgendwohin zu reisen, während sie 80 Jahre lang regelmäßig bombardiert wurden? Nein.
- Werden israelische Juden von einer Besatzungsarmee absichtlich ausgehungert, während ihre Kinder sich auf dem Boden winden und vor Hunger schreien? Nein.
- Gibt es Tausende verletzter jüdischer Kinder ohne überlebende Eltern, die durch die Trümmer ihrer ehemaligen Häuser kriechen? Nein.
- Werden israelische Juden heute mit den modernsten Flugzeugen und Bomben der Welt bombardiert? Nein.
- Erleben israelischen Juden einen völligen Ökozid auf dem kleinen Land, das sie noch ihr Eigen nennen können, ohne einen einzigen Baum, unter dem sie Schatten suchen oder dessen Früchte sie probieren können? Nein.
- Werden heute israelisch-jüdische Kinder auf Befehl eines UN-Mitgliedsstaates von Scharfschützen getötet? Nein.
- Werden israelische Juden heute von bewaffneten Banden aus ihren Häusern vertrieben? Nein.
- Kämpft Israel heute um seine Existenz? Nein.

Wenn die Antwort auf eine dieser Fragen „Ja“ wäre, würde ich heute an einem jüdischen Solidaritätskongress teilnehmen.

Freunde, Heute hätten wir gerne eine anständige, demokratische und respektvolle Debatte darüber geführt, wie wir Frieden und universelle Menschenrechte für alle, Juden und Palästinenser, Beduinen und Christen, vom Jordan bis zum Mittelmeer erreichen können mit Menschen, die anders denken als wir.

Leider hat das gesamte politische System Deutschlands beschlossen, dies nicht zuzulassen. In einer gemeinsamen Erklärung, an der nicht nur die CDU-CSU oder die FDP, sondern auch die SPD, die Grünen und bemerkenswerterweise zwei Vorsitzende der Linken teilnahmen, hat sich das politische Spektrum Deutschlands zusammengetan, um sicherzustellen, dass eine so zivilisierte Debatte, in der wir uns einig widersprechen können, in Deutschland nie stattfinden kann. Ich sage ihnen: Ihr wollt uns zum Schweigen bringen. Uns verbieten. Uns dämonisieren. Uns beschuldigen. Ihr lasst uns daher keine andere Wahl, als euren lächerlichen Anschuldigungen mit unseren eigenen rationalen Anschuldigungen zu begegnen. Ihr habt euch dafür entschieden. Nicht wir.

- Ihr werft uns antisemitischen Hass vor
 - Wir werfen euch vor, der beste Freund des Antisemitismus zu sein, indem ihr das Recht Israels, Kriegsverbrechen zu begehen, mit dem Recht israelischer Juden auf Selbstverteidigung gleichsetzt.

- Ihr werft uns vor, den Terrorismus zu unterstützen
 - Wir werfen euch vor, legitimen Widerstand gegen einen Apartheidstaat mit Gräueltaten gegen Zivilisten gleichzusetzen, die ich immer verurteile und immer verurteilen werde, egal wer sie begeht – Palästinenser, jüdische Siedler, meine eigene Familie, wer auch immer.
 - Wir beschuldigen euch, dass ihr die Pflicht der Menschen in Gaza nicht anerkennt, die Mauer des offenen Gefängnisses, in dem sie seit 80 Jahren eingesperrt sind, einzureißen – und dass ihr diesen Akt des Einreißens dieser Mauer der Schande – eine Mauer nicht vertretbarer als die Berliner Mauer – mit Terroranschlägen gleichsetzt.
- Ihr werft uns vor, den Terror der Hamas vom 7. Oktober zu verharmlosen
 - Wir werfen euch vor, die 80 Jahre der ethnischen Säuberung der Palästinenser durch Israel und die Errichtung eines eisernen Apartheidsystems in ganz Israel-Palästina zu verharmlosen.
 - Wir beschuldigen euch, dass ihr Netanyahus langjährige Unterstützung der Hamas als Mittel zur Zerstörung der Zweistaatenlösung, die ihr angeblich befürwortet, verharmlost.
 - Wir werfen euch vor, den beispiellosen Terror, den die israelische Armee gegen die Bevölkerung von Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem freisetzt, zu verharmlosen.
- Ihr werft den Organisatoren des heutigen Kongresses vor, dass wir – ich zitiere – „kein Interesse daran haben, vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza über Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens im Nahen Osten zu sprechen“. Meint ihr das ernst? Habt ihr den Verstand verloren?
 - Wir beschuldigen euch, einen deutschen Staat zu unterstützen, der nach den Vereinigten Staaten der größte Lieferant der Waffen ist, mit denen die Netanyahu-Regierung Palästinenser massakriert, im Rahmen eines großen Plans für die Zerstörung einer Zweistaatenlösung und eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Palästinensern.
 - Wir werfen euch vor, dass ihr die Frage, die jeder Deutsche beantworten muss, nie beantwortet habt: Wie viel palästinensisches Blut muss fließen, bevor eure berechtigte Schuld am Holocaust abgewaschen ist?

Um es klar zu sagen: Wir sind mit unserem Palästinenserkongress hier in Berlin, weil wir im Gegensatz zum deutschen politischen System und den deutschen Medien Völkermord und Kriegsverbrechen verurteilen, unabhängig davon, wer sie begeht. Weil wir gegen die Apartheid im Land Israel-Palästina sind, egal wer die Oberhand hat – genauso wie wir gegen die Apartheid im amerikanischen Süden oder in Südafrika waren. Weil wir für universelle Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit zwischen Juden, Palästinensern, Beduinen und Christen im alten Land Palästina stehen.

Und damit wir uns über jegliche Fragen im Klaren sind, ob legitim oder böse, auf deren Beantwortung wir immer bereit sein müssen:

Verurteile ich die Gräueltaten der Hamas?

Ich verurteile jede einzelne Gräueltat, egal wer Täter oder Opfer ist. Was ich nicht verurteile, ist der bewaffnete Widerstand gegen ein Apartheidsystem, das als Teil eines langsam voranschreitenden, aber unaufhaltsamen ethnischen Säuberungsprogramms konzipiert ist. Anders ausgedrückt: Ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten und feiere gleichzeitig jeden, der sein Leben riskiert, um die Mauer einzureißen.

Befindet sich Israel nicht in einem Krieg um seine bloße Existenz?

Nein ist es nicht. Israel ist ein nuklear bewaffneter Staat mit der vielleicht technologisch fortschrittlichsten Armee der Welt und der US-Militärmaschinerie als Rückendeckung. Es gibt keine Symmetrie mit der Hamas, einer Gruppe, die den Israelis ernsthaften Schaden zufügen kann, die aber keinerlei Kapazitäten hat, das israelische Militär zu besiegen oder auch nur zu verhindern, dass Israel den langsamen Völkermord an

den Palästinensern im Rahmen des errichteten Apartheidsystems fortsetzt mit langjähriger Unterstützung der USA und der EU.

Haben Israelis denn kein Recht zu fürchten, dass die Hamas sie vernichten will?

Natürlich tun sie das! Juden haben einen Holocaust erlitten, dem Pogrome und ein tief verwurzelter Antisemitismus vorausgingen, der Europa und Amerika jahrhundertlang durchdrang. Es ist nur natürlich, dass Israelis in Angst vor einem neuen Pogrom leben, wenn die israelische Armee zusammenbricht. Indem der israelische Staat seinen Nachbarn jedoch die Apartheid auferlegt und sie wie Untermenschen behandelt, schürt er das Feuer des Antisemitismus, stärkt Palästinenser und Israelis, die sich nur gegenseitig vernichten wollen, und trägt letztendlich zu der schrecklichen Unsicherheit bei, welche Juden in Israel und der Diaspora befällt. Die Apartheid gegen die Palästinenser ist die schlimmste Selbstverteidigung der Israelis.

Was ist mit Antisemitismus?

Er ist immer eine klare und gegenwärtige Gefahr. Und er muss ausgerottet werden, insbesondere in den Reihen der globalen Linken und den Palästinensern, die weltweit für palästinensische Bürgerrechte kämpfen.

Warum verfolgen die Palästinenser ihre Ziele nicht mit friedlichen Mitteln?

Das taten sie. Die PLO erkannte Israel an und verzichtete auf den bewaffneten Kampf. Und was haben sie dafür bekommen? Absolute Demütigung und systematische ethnische Säuberung. Das hat die Hamas gefördert und sie in den Blickpunkt vieler Palästinenser als einzige Alternative zu einem langsamen Völkermord unter der israelischen Apartheid gerückt.

Was ist jetzt zu tun? Was könnte Frieden für Israel-Palästina bringen?

- Ein sofortiger Waffenstillstand.
- Die Freilassung aller Geiseln: Jener der Hamas und der Tausenden von Israel.
- Ein Friedensprozess im Rahmen der Vereinten Nationen, unterstützt durch die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, die Apartheid zu beenden und gleiche Bürgerrechte für alle zu gewährleisten.
- Was die Frage angeht, was die Apartheid ersetzen soll, liegt es an Israelis und Palästinensern, zwischen der Zweistaatenlösung und der Lösung eines einzigen säkularen Bundesstaates zu entscheiden.

Freunde, Wir sind hier, weil Rache eine träge Form der Trauer ist. Wir sind hier, nicht um Rache zu fördern, sondern Frieden und Koexistenz in ganz Israel und Palästina. Wir sind hier, um den deutschen Demokraten, darunter auch unseren ehemaligen Genossen von Die Linke, zu sagen, dass sie sich lange genug beschämt haben – dass zwei Fehler nicht eins richtig machen –, dass es das Erbe der deutschen Verbrechen gegen das jüdische Volk nicht vermindert, wenn man Israel erlaubt, mit Kriegsverbrechen davonzukommen.

Über den heutigen Kongress hinaus haben wir in Deutschland die Pflicht, den Diskurs zu ändern. Wir haben die Pflicht, die große Mehrheit der anständigen Deutschen da draußen davon zu überzeugen, dass es auf die universellen Menschenrechte ankommt. Dieses „Nie wieder“ bedeutet „Nie wieder“. Für alle – Juden, Palästinenser, Ukrainer, Russen, Jemeniten, Sudanesen, Ruander – für alle und überall.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, euch mitteilen zu können, dass die deutsche politische Partei MERA25 von DiEM25 bei der Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Juni auf dem Stimmzettel stehen wird – um die Stimme deutscher Humanisten zu gewinnen, die sich ein Mitglied des Europäischen Parlaments wünschen, das Deutschland vertritt und die Mitschuld der EU am Völkermord anspricht – eine Mitschuld, die Europas größtes Geschenk an die Antisemiten in Europa und darüber hinaus darstellt.

Ich grüße euch alle und schlage vor, dass wir nie vergessen, dass keiner von uns frei ist, wenn einer von uns in Ketten liegt. ■

BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Definition aktuell relevanter Wörter

Völkermord a.) Verbrechen der <u>Vernichtung</u> einer <u>ethnischen Gruppe</u> , einer Volksgruppe, eines Volksstammes b.) Straftatbestand, der durch die <u>Absicht</u> gekennzeichnet ist, auf direkte oder indirekte Weise eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören; <i>Genozid</i> (DUDEN Wörterbuch)	Internationaler Gerichtshof Gerichtshof zu staatenbezogener Rechtssprechung; Gründung 1945; 75 Staaten haben Unterwerfungserklärungen abgegeben, auch Österreich 1971 (ICJ Offizielle Website)	Internationaler Strafgerichtshof Seit 2002 tätig; Kerngebiete: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen der Aggression, Kriegsverbrechen; personenbezogene Rechtssprechung; von 123 Staaten unterstützt; mit nachrangiger Rechtssprechung und Prinzip der Komplementarität: IGH kann eine Tat nur verfolgen, wenn eine nationale Strafverfolgung nicht möglich oder staatlich nicht gewollt ist (ICC Offizielle Website)
--	---	--

KONTEXT

Zitate

Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. ⁴⁰ Rosa Luxemburg (1918) Polnisch-deutsche Politikerin, Nationalökonomin und Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung	In der Frage unseres Staates hat Österreich dank meinem Freund Bruno Kreisky auch in schwierigen Zeiten immer eine solidarische Haltung uns gegenüber eingenommen. ⁶⁶ Yassir Arafat (1998) Anführer der Palestine Liberation Organization (PLO)	Wir sind eine strategische, äußerst enge Beziehung zu Israel eingegangen, die nicht rückgängig gemacht werden kann. ⁵¹ Alexander Schallenberg (2023) Österreichischer Außenminister
Kein Akt ist zu klein, kein Akt ist zu gewagt. Die Geschichte des gesellschaftlichen Wandels ist die Geschichte von Millionen kleiner und großer Aktionen, die an bestimmten Punkten der Geschichte zusammenkommen und eine Macht erschaffen, die Regierungen nicht unterdrücken können. ⁷³ Howard Zinn (1994) Amerikanischer Historiker und Aktivist	Sie [der Rest der Welt] werden eher uns ähnlicher werden, als wir ihnen ähnlicher werden. ³⁹ Benjamin Netanyahu (2022) Längst-amtierender Premierminister Israels	Rosa Luxemburg muss mit 5000 Umdrehungen die Minute in ihrem Grab rotieren. ³³ Yanis Varoufakis (2024) Ökonom und ehemaliger griechischer Finanzminister, als Reaktion auf die Ausladung Jeremy Corbyns durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund seiner als antisemitisch aufgefassten Kritik an Israel

Quellen

[1] Al-Jazeera. Israel’s war on Gaza updates: Rafah hospital closes due to Israeli bombs (https://www.aljazeera.com/news/liveblog/2024/5/27/israels-war-on-gaza-live-news-35-killed-in-rafah-tent-bombings), May 2024.	[9] Bundeskanzleramt. Nehammer: Enge Verbundenheit mit Israel – Strategische Partnerschaft unterzeichnet (https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/07/nehammer-enge-verbundenheit-mit-israel-strategische-Partnerschaft-unterzeichnet.html), July 2022.	//www.democracynow.org/2024/4/30/omer_bartov), April 2024.
[2] Al-Jazeera. What happened when Israel attacked Rafah? (https://www.aljazeera.com/news/2024/5/28/what-happened-when-israel-attacked-rafah), May 2024.	[10] Bundesministerium für Inneres. Karner: Israel ist wichtiger Partner in Fragen der Sicherheit (https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=3875434477777784173773D), July 2022.	[18] Der Standard. Van der Bellen verteidigt israelfreundliche Positionierung der Bundesregierung (https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/3000000200730/1000324061/moeglicher-durchbruch-bei-un-resolution-zu-gaza-abstimmung-am-freitag), December 2023.
[3] Amnesty International. Israel and occupied Palestinian territories (https://www.amnesty.org/en/location/middle-east-and-north-africa/israel-and-occupied-palestinian-territories), 2022/23.	[11] Bundespräsident Alexander van der Bellen. Pressestatement von Bundespräsident Alexander van der Bellen gemeinsam mit dem Staatspräsidenten von Israel, Reuven Rivlin (https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/oesterreich-und-israel-haben-noch-viel-miteinander-vor), Februar 2019.	[19] Forensic Architecture. An assessment of visual material presented by the Israeli legal team at the ICJ (https://forensic-architecture.org/investigation/assessment-israeli-material-icj-jan-2024), January 2024.
[4] Amnesty International. Israel missachtet IGH-Urteil – Humanitäre Hilfe für Gaza wird verweigert (https://www.amnesty.ch/de/laender/nahe-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2024/israel-missachtet-igh-urteil-humanitaere-hilfe-fuer-gaza-wird-verweigert), February 2024.	[12] N. Chomsky. <i>Fateful Triangle: The United States, Israel, and the Palestinians</i> . South End Press, 1999.	[20] Forensic Architecture. German arms exports to Israel (https://counter-investigations.org/investigation/german-arms-exports-to-israel-2003-2023), April 2024.
[5] Anadolu News Agency. Dozens of corpses on streets in Rafah killed by Israeli army: Director of Kuwaiti Specialized Hospital (https://www.aa.com.tr/en/middle-east/dozens-of-corpse-on-streets-in-rafah-killed-by-israeli-army-director-of-kuwaiti-specialized-hospital), June 2024.	[13] CNN. Israel-Gaza updates (https://edition.cnn.com/middleeast/live-news/israel-amas-war-gaza-news-05-12-24/h_e4f29532371e5de911b05af52b9b76a2), May 2024.	[21] Forensic Architecture. Humanitarian violence in Gaza (https://forensic-architecture.org/investigation/humanitarian-violence-in-gaza), March 2024.
[6] AP News. UN investigators probe 14 Gaza aid staffers Israel had tied to Hamas’ Oct. 7 attack (https://apnews.com/article/israel-hamas-gaza-unrwa-4132812d15758c3b53b4059cbd2066d6), April 2024.	[14] CNN. May 27, 2024 - Israel-Hamas war (https://edition.cnn.com/middleeast/live-news/israel-hamas-war-gaza-news-05-27-24#h_5f123a19d05e7c91533291bbf37d0e45), May 2024.	[22] M. Gilbert and E. Fosse. <i>Eyes in Gaza</i> . Quartet, London, United Kingdom, 2010.
[7] A. Baltzer. <i>Witness in Palestine: A Jewish Woman in the Occupied Territories</i> . Routledge, 2019.	[15] Democracy Now. Julian Assange on WikiLeaks, Bradley Manning, Cypherpunks, Surveillance State (https://www.democracynow.org/2012/11/29/exclusive_julian_assange_on_wikileaks_bradley), November 2012.	[23] Hamas. Document of General Principles and Policies (https://web.archive.org/web/20170510123932/http://hamas.ps/en/post/678), May 2017.
[8] BBC News. What the ICC arrest warrants mean for Israel and Hamas (https://www.bbc.com/news/articles/cw4490z75v3o), May 2024.	[16] Democracy Now. International Court of Justice Orders Israel to Prevent Genocide in Gaza But Fails to Order Ceasefire (https://www.democracynow.org/2024/1/26/icj_provisional_ruling_israel_genocide_gaza), January 2024.	[24] Human Rights Watch. A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution (https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution), April 2021.
	[17] Democracy Now. Israeli Holocaust Scholar Omer Bartov on Campus Protests, Weaponizing Antisemitism & Silencing Dissent (https://www.democracynow.org/2024/5/23/israeli-holocaust-scholar-omer-bartov-on-campus-protests-weaponizing-antisemitism-silencing-dissent), May 2024.	[25] International Action Center. Behind Israel’s ‘end game’ for Gaza: Theft of offshore gas reserves (https://iacenter.org/2023/11/15/behind-israels-end-game-for-gaza-theft-of-offshore-gas-reserves), November 2023.
		[26] International Court of Justice. Application Instituting Proceedings – Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of

Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel) (<https://d3i6fh83elv35t.cloudfront.net/static/2024/01/192-20231228-app-01-00-en.pdf>), January 2024.

[27] International Court of Justice. Order – 24 May 2024 – Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel) (<https://icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240524-ord-01-00-en.pdf>), May 2024.

[28] International Court of Justice. Order – 28 March 2024 – Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel) (<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240328-ord-01-00-en.pdf>), March 2024.

[29] International Court of Justice. Request for the Indication of Provisional Measures – Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel) (<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-sum-01-00-en.pdf>), January 2024.

[30] International Court of Justice. States Entitled to Appear Before the Court (<https://www.icj-cij.org/states-entitled-to-appear>), June 2024.

[31] International Criminal Court. Statement of ICC Prosecutor Karim A.A. Khan KC: Applications for arrest warrants in the situation in the State of Palestine (<https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state>), May 2024.

[32] Jacobin. The Speech That Got Me Banned From Germany (<https://jacobin.com/2024/04/yanis-varoufakis-germany-banned-palestine-gaza>), April 2024.

[33] Jacobin. Yanis Varoufakis lässt sich nicht den Mund verbieten (<https://www.jacobin.de/artikel/varoufakis-palaestina-betaetigungsverbot>), April 2024.

[34] R. Khalidi. *The Hundred Years' War on Palestine: A History of Settler Colonialism and Resistance, 1917–2017*. Metropolitan Books, 2020.

[35] Kreisky 100. Kreisky Jahr 2011: Zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky (<http://kreisky100.at>), May 2024.

[36] Kurier. Auf der Suche nach neuen Energiequellen: Kanzler Nehammer in Israel (<https://kurier.at/politik/ausland/kanzler-nehammer-auf-gas-mission-in-israel/402071575>), July 2022.

[37] Kurier. Israel-Besuch: Ballistische Raketenabwehr für Österreich ein Thema (<https://kurier.at/politik/ausland/israel-besuch-ballistische-raketenabwehr-fuer-oesterreich-ein-thema/402072676>), July 2022.

[38] Kurier. Künstler ausladen: Antisemitismusdebatte überschattet Wiener Festwochen (<https://kurier.at/kultur/antisemitismusdebatte-ueberschattet-die-wiener-festwochen/402829405>), March 2024.

[39] A. Loewenstein. *The Palestine Laboratory: How Israel Exports the Technology of Occupation Around the World*. Verso Books, 2023.

[40] R. Luxemburg. *Manuskript zur Russischen Revolution*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1918.

[41] N. Melzer. *The Trial of Julian Assange: A Story of Persecution*. Verso Books, 2022.

[42] S. Mey. Leak-o-nomy: Die Ökonomie hinter WikiLeaks (Interview mit Julian Assange) (<https://web.archive.org/web/20101203232005/http://stefanmey.wordpress.com/2010/01/01/leak-o-nomy-die-okonomie-hinter-wikileaks>), January 2010.

[43] National News. World Central Kitchen pauses operations as seven killed in Gaza air strike (<https://web.archive.org/web/20240402084908/https://www.thenationalnews.com/news/mena/2024/04/02/world-central-kitchen-operations-gaza-strike>), April 2024.

[44] New York Times. 'Screams Without Words': How Hamas Weaponized Sexual Violence on Oct. 7 (<https://www.nytimes.com/2023/12/28/world/middleeast/oct-7-attacks-hamas-israel-sexual-violence.html>), December 2023.

[45] New York Times. Details Emerge on U.N. Workers Accused of Aiding Hamas Raid (<https://www.nytimes.com/2024/01/28/world/middleeast/gaza-unrwa-hamas-israel.html>), January 2024.

[46] ORF News. Strategische Partnerschaft mit Israel (<https://orf.at/stories/3275823>), July 2022.

[47] ORF News. Antisemitismusdebatte um Festwochen (<https://wien.orf.at/stories/3250161>), March 2024.

[48] ORF News. EU fordert sofortige Feuerpause in Gaza (<https://orf.at/stories/3352311>), March 2024.

[49] ORF News. Haftbefehl gegen Netanjahu beantragt (<https://orf.at/stories/3358228>), May 2024.

[50] ORF News. Netanjahu sieht "tragischen Fehler" (<https://orf.at/stories/3358926>), May 2024.

[51] Politico. How Hitler's homeland became Israel's European BFF (<https://www.politico.eu/article/adolf-hitler-homeland-austria-became-israel-europe-bff-palestine-conflict>), November 2023.

[52] Politico. 'No longer justifiable': European leaders condemn Israel's strike on refugee camp (<https://www.politico.eu/article/refugee-camp-strike-israel-rafah-palestine-civilians-eu>), May 2024.

[53] Republik. "Vor unseren Augen kriert sich ein mörderisches System" (<https://www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange>), January 2020.

[54] Reuters. Chef Jose Andres says Israel targeted his aid workers 'systematically, car by car' (<https://www.reuters.com/world/middle-east/chef-jose-andres-says-israel-targeted-his-aid-workers-systematically-car-by-car-2024-04-03>), April 2024.

[55] Reuters. Israeli forces batter central, south Gaza as tanks advance in Rafah (<https://www.reuters.com/world/middle-east/israeli-forces-step-up-bombing-rafah-tanks-try-push-west-2024-06-07>), June 2024.

[56] Statista. Sonntagsfrage zur Nationalratswahl in Österreich 2024 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288503/umfrage/sonntagsfrage-zur-nationalratswahl-in-oesterreich-nach-einzelnen-instituten>), April 2024.

[57] Süddeutsche Zeitung. Rote Linien im Sand (<https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-aegypten-friedensabkommen-gaza-philadelphia-korridor-1.7250153>), May 2024.

[58] The Guardian. Revealed: Israeli spy chief 'threatened' ICC prosecutor over war crimes inquiry (<https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/28/israeli-spy-chief-icc-prosecutor-war-crimes-inquiry>), May 2024.

[59] The Intercept. 'Between the Hammer and the Anvil': The Story Behind the New York Times October 7 Exposé (<https://theintercept.com/2024/02/28/new-york-times-anat-schwartz-october-7>), December 2023.

[60] Times of Israel. IDF chief apologizes as details emerge of strike that picked off Gaza aid cars one by one (<https://www.timesofisrael.com/idf-chief-sorry-as-details-emerge-of-strike-that-picked-off-gaza-aid-cars-one-by-one>), April 2024.

[61] United Nations. General Assembly Adopts Resolution Calling for Immediate, Sustained Humanitarian Truce Leading to Cessation of Hostilities between Israel, Hamas (<https://press.un.org/en/2023/gal2548.doc.htm>), October 2023.

[62] United Nations. Secretary-General's press conference - on the situation in the Middle East (<https://www.un.org/sg/en/content/sg/press-encounter/2023-12-22/secretary-generals-press-conference-the-situation-the-middle-east>), December 2023.

[63] United Nations. UN General Assembly votes by large majority for immediate humanitarian ceasefire during emergency session (<https://news.un.org/en/story/2023/12/1144717>), December 2023.

[64] United Nations. Final Report for the United Nations Secretary-General – Independent Review of Mechanisms and Procedures to Ensure Adherence by UNRWA to the Humanitarian Principle of Neutrality (https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/2024/04/unrwa_independent_review_on_neutrality.pdf), April 2024.

[65] United Nations. Gaza: Nearly 800,000 now displaced from Rafah (<https://news.un.org/en/story/2024/05/1149951>), May 2024.

[66] Vertretung des Staates Palästina in Österreich. Überblick über die Geschichte der österreichisch-palästinensischen Beziehungen (<https://www.palestinemission.at/oesterreich-palaestina>), April 2024.

[67] WikiLeaks. Collateral Murder (<https://collateralmurder.wikileaks.org>), April 2010.

[68] WikiLeaks. War Diaries (<https://wardiary.wikileaks.org>), October 2010.

[69] WikiLeaks. Transcript of secret meeting between Julian Assange and Google CEO Eric Schmidt (<https://wikileaks.org/Transcript-Meeting-Assange-Schmidt>), April 2013.

[70] WikiLeaks. Leaks (<https://wikileaks.org>), Juni 2024.

[71] X. Karl Nehammer - Post on ICC Application for Arrest Warrants (<https://x.com/karlnehammer/status/1792562117960175880>), May 2024.

[72] X. Petr Fiala - Post on ICJ Proceedings (https://x.com/P_Fiala/status/1745347424015524258), January 2024.

[73] H. Zinn. *You can't be neutral on a moving train: A personal history of our times*. Beacon Press, 2018.